

St. Pöltner Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.

Der „St. Pöltner Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannissstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4009a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergesparte Petitszelle oder deren Raum 20 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 211.

Dienstag, den 11. September 1906.

13. Jahrg.

Fliegende Sätze.

Eine Verzweiflungstat.

Wer noch daran gezweifelt, daß das, was sich seit letzte zwei Jahren in Russland abgespielt hat, in der Tat die Revolution ist, eine Revolution, die an den Grundfesten der zaristischen Despotie mit der Kraft eines Sturms rüttelt, der wird durch das letzte Manifest des Zaren eines andern belehrt. Zum erstenmal wird von jener Seite gegeben, daß sie letzter Rebellion, keiner Emente, sondern der Revolution gegenübersteht. Mit der Anerkennung dieser Tatsache wird aber auch angekündigt, daß die Regierung mit den letzten Mitteln, das ihr noch gegeben, versuchen werde, die Revolution zu erwürgen. Neben dieser Drohung gegen die Revolutionäre weitgehende Verstreichungen an die noch „Gutgesinnten“. Ein Manifest der Verzweiflung, das einen historischen Moment der Revolution darstellt. Dieses Manifest, das wir bereits kurz gewürdigt haben, lautet also:

„Seit zwei Jahren erreichte die revolutionäre Bewegung eine außerordentliche Stärke, besonders zugenommen hat sie seit dem Frühjahr 1906; fast kein Tag vergeht ohne ein neues Verbrechen. Bewaffnete Erhebungen und Meutereien in Sebastopol, Sveaborg, Reval und Kronstadt, Ermordungen von Beamten, Polizisten, Attentate und Räuberien folgten ohne Unterbrechungen. Während des Sommers 1906 wurden ermordet: der Kommandant der Schwarzmeerschiffe, Tschkalow, der Gouverneur der Samara, Block; der Generalgouverneur von Warschau, Boleslawski; General Malinowski; General Wlmin. Außerdem wurden zahlreiche schändliche Attentate begangen, die eine Menge Opfer forderten, wie das von Sebastopol, das gegen den Kommandanten der Festung, Nepljujew, gerichtet war, und das gegen den Ministerpräsidenten. Die Polizei erleidet täglich ungeheure Verluste.“

Die Verbrechen zeigen deutlich, daß die revolutionären Organisationen darauf hinzuwirken, das Werk der Regierung zu hindern, durch Gewalttaten Verwirrung in die Reihen der Regierung zu bringen und der Möglichkeit eines schöpferischen Staatslebens ein Ende zu machen. Verschiedene Gruppen der Gesellschaft haben sich, erstickt durch die Revolution, an die Regierung gewandt und erwarten eine autoritative Gestaltung über die Ursachen der Verbrechen, die das öffentliche Gewissen erdrücken, und über die Haltung der Staatsgewalt hinsichtlich dieser schändlichen Verbrechen.

Die Regierung hält es für nötig, zu erklären, daß die Revolutionär schon vor der Dumaauflösung erstens eine bewaffnete, von Heer und Flotte unterstützte Erhebung, zweitens eine allgemeine Agrarbewegung vorbereitet, die das ganze Land mit sich fortziehen sollte. Die revolutionäre Bewegung sollte unterstützt werden von Anhängern der äußersten Partei, die in die Duma gelangten und ihre Befreiungsbemühungen dahin richteten, die ausführende Gewalt an sich zu reißen und die Duma in eine konstituierende Versammlung umzuwandeln. Nach Ansicht der Revolutionäre war der Erfolg gesichert durch die von den Mitgliedern der Duma, die persönliche Unverletzlichkeit genießen, in die Dörfer unternommenen Reisen und Propaganda. Zu gleicher Zeit wollte man das wirtschaftliche Leben des Landes durch einen allgemeinen Ausstand unterbinden.

Nach der Auflösung der Duma, nach der schnellen Unterdrückung der Meutereien in Kronstadt und Sveaborg, dem Wahlkampf des allgemeinen Aufstandes, und nachdem entschiedene Maßregeln gegen die Agrarunruhen ergriffen worden waren, beschlossen die extremen revolutionären Gruppen, um den Eindruck, den das Scheitern ihrer Projekte herverursacht hatte, abzuschwächen und um das schöpferische Werk der Regierung zu verhindern, durch Ermordung von hohen Beamten auf das Land zu wirken und die Regierung zu erschrecken. Obgleich solche Gewalttaten die Schwäche der Revolution hinsichtlich der Entwicklung einer allgemeinen Erhebung beweisen, ruft doch die Grausamkeit der begangenen Verbrechen Erregung in der Bevölkerung, sogar größeren Schrecken hervor, als eine länger anhaltende revolutionäre Bewegung.

Was ist nun die Pflicht der Regierung in solcher Lage? Hierauf gibt es nur eine einzige Antwort. Die Ziele der Regierung können wegen verbrecherischer Abschläge nicht geändert werden. Man kann die eine oder andere Person ermorden, man kann aber die Idee nicht töten, von der die Regierung erschrockt ist. Es ist unmöglich, den Willen der Regierung, der auf Wiederherstellung der Möglichkeit, zu leben und in Freiheit zu arbeiten, gerichtet ist, zu brechen. Die Verbrechen machen die Errichtung des Endziels schwierig; da aber die Errichtung dieses Ziels nicht von Zusätzen abhängt, ist es durch das Staatsinteresse geboten, die Hindernisse zu beseitigen und mit allen Kräften der Lösung der gestellten Aufgabe zu zufrieden.

Die Verbrechen müssen ohne Zögern unterdrückt werden, wenn der Staat sie nicht unterdrückt, so verliert die Errichtung des Staates jeden Sinn. Die

Pflicht des Staates ist es, der gewalttätigen Revolution halt zu gebieten, die dahin strebt, die Stadt an sich zu reißen, und als neue Herren gesellschaftsfeindliche Elemente aufzustellen, die alles vernichten wollen. Ins einzelne gehende Anweisungen der örtlichen Behörden für den Kampf gegen diese Elemente sollen ertheilt werden.

Schwere Verantwortlichkeit trifft diejenigen, welche es an Entschlossenheit werden fehlen lassen gegen solche, die dem kaiserlichen Willen ungehorsam sind. Die Verwaltung wird mit allen Kräften alle gesetzlichen Mittel zur Anwendung bringen, um der Propaganda der Gewalttätigkeit ein Ende zu bereiten, und wenn es dieser Propaganda gelingen soll, unter unwissenden Elementen Agrarunruhen herorzurufen, so werden die Unruhen mit Waffengewalt unterdrückt. Die Verantwortung für die Opfer wird den Agitatoren fallen.

Die Regierung ist der Ansicht, daß das gewöhnliche Gerichtsverfahren den gegenwärtigen Umständen nicht genügend entspricht, und hält es deshalb für wichtig, provisorische Bestimmungen zu veröffentlichen über Feld- und Kriegsgerichte für schwere, in den Gegenden begangene Verbrechen, die unter einem Kriegsgerichte stehen, oder sich im Zustande des außerordentlichen Schutzes befinden. Nach diesen Bestimmungen folgen gerichtliches Verfahren und die Ausführung des Urteils beim Verbrechen auf dem Fuße. Provisorische Bestimmungen werden auch getroffen über die verschärfung von Strafen für die Propaganda unter den Truppen. Die Krankheit, unter der unser Vaterland leidet, führt zu der Notwendigkeit, den Organismus des Staates den gegebenen Umständen anzupassen, um das Uebel zu unterdrücken, ohne an die Lebensfähigkeit des Staates zu rüthen. Alle diese Maßregeln, die notwendig sind zur Sicherung der Freiheit, des Lebens und der Arbeit, diesen Mittel, sind aber nicht das Ziel.

Diese Maßregeln nehmen viel Zeit und Arbeit in Anspruch, die den vom Kaiser ausgegebenen Reformen gewidmet werden könnte. Es wäre aber ein großer Fehler, die Unterdrückung der verbrecherischen Abschläge als das einzige Ziel des Staates anzusehen und die Ursachen zu vergessen, welche zu diesen Maßnahmen geführt haben. Die Regierung kann nicht, wie einige Gruppen wünschen, ihre Aufmerksamkeit auf Unterdrückung der Revolution beschränken. Ebenso würde es nicht den Umständen und Interessen Russlands entsprechen, sich nur mit der Entwicklung überalter Reformen zu befassen, in der Annahme, daß die Revolution in diesem Falle jeden Elias verlieren würde. Die Revolution kämpft nicht für Reformen, deren Erführung von der Regierung selbst für schwerig erachtet wird, sondern sie kämpft für die Befreiung des Staates und der Monarchie, für die Einführung des sozialistischen Regimes.

Der Plan der Regierung ist deshalb klar: Die Ordnung aufrechtzuerhalten, durch entschlossene Maßregeln das Volk gegen revolutionäre Ausschreitungen zu schützen und zu gleicher Zeit mit allen Kräften dahin zu streben, eine neue, auf Geist und vernünftige Freiheit begründete Ordnung zu schaffen. Die Regierung weiß, daß sie Fragen verschieden Charakters gegenüberstellt, von denen die einen durch die Duma und den Reichsrat, die anderen aber, die dringend sind, sofort entschieden werden müssen. Die ersten werden in der Zeit ausgearbeitet werden, die der Erinnerung der Duma vorangeht, die anderen sind diejenigen, die sich aus den in den kaiserlichen Manifesten angegebenen Grundzügen ergeben, und deren teilweise Lösung die geschätzte Tätigkeit der Duma nicht schädigen kann.

In erster Linie handelt es sich um die Agrarfrage. Die Regierung wird für die Möglichkeit sorgen, durch eine örtliche Agrarkommission sofort eine Verbesserung des Lotes in Gegenden herbeizuführen, wo wirklicher Landmangel herrscht, und wird der Duma für die Lösung dieser außerordentlich komplizierten Frage reiches Material zur Verfügung stellen. Auch einige dringende Maßregeln hinsichtlich der bürgerlichen Gleichheit und Religionsfreiheit gelangen zur Ausführung. Die Regierung will für die algläubigen Bauern die beschränkenden Bestimmungen aufheben und deren Rechte durch genaue gesetzliche Bestimmungen festsetzen. Ebenso wird hinsichtlich der Judenfrage erwogen, welche von den in dieser Sicht bestehenden Bestimmungen, die nur aufzulösen wirken, sofort aufgehoben werden können. Das gleiche soll hinsichtlich der Bestimmungen geschehen, die die Beziehungen zwischen den Juden und der russischen Nation regeln, die als solche Gegenstand des nationalen Gewissens bilden, deren vorzeitige Lösung aber das Werk der geschätzten Einrichtung fördern würde.

Die Vermehrung der Volksschulen in Verbindung mit dem Plane der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer ist von der Regierung, die zu diesem Zwecke in das Budget 1907 5½ Millionen Rubel einstellt, be-

reits vorgesehen. Die Gesetzgebungsliste, die der Duma vor gelegt werden sollen, sind sehr zahlreich. Die Regierung beschäftigt sich außer mit den Arbeiten betr. die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht und über die Presse mit einer Reihe Fragen von großer Bedeutung, wie die Religionsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, bürgerliche Gleichheit und zwar mit dem Biele der Abschaffung der für verschiedene Gruppen der Bevölkerung bestehenden einschränkenden Bestimmungen, ferner mit der Verbesserung des Grundbesitztums der Bauern, mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter, mit staatlicher Versicherung, mit Reform der örtlichen Selbstverwaltung, mit Einführung des Gemeinschafts in den östlichen, sowie in den nordwestlichen und südwestlichen Provinzen, mit Einführung der Gemeinschafts- und Marktpolitik in Polen usw. Ausnahmemaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit sollen in ein einzelnes Gesetz zusammengefaßt werden. Schließlich werden die Vorarbeiten für die Einführung der nationalen Kirchenkonzile fortgesetzt. Die Regierung, die seit auf den Erfolg der geschätzten Arbeiten in der nächsten Duma rechnet, hält es für ihre Pflicht, die in der Presse oder in Versammlungen frei ausgesprochene öffentliche Meinung nicht zu unterdrücken. Wenn diese aber gebraucht werden, um revolutionäre Ideen in Umlauf zu setzen, wird die Regierung alle gesetzlichen Maßregeln dagegen anwenden.“

So also sieht der Weg aus, wenn die zaristische Regierung unter Führung des „liberalen“ Stolypis nun einschlagen will. Er hat allerdings keine andere Richtung, als die bisher beschrittenen Wege. Die einzige Lösung ist auch hier wieder die brutale Gewalt, das System der Erdrosselung aller freiheitlichen Regelungen. Nur darin besteht gegen früher ein Unterschied, daß jetzt offen zugegeben wird, kein anderes Mittel zur Erhaltung der Despotie zur Verfügung zu haben. Da verächtlichste Weise soll die Waffengewalt, also das Heer zur Herrichtung von Hassersdiensten herangezogen werden. Im abgesetzten Verfahren sollen die Revolutionäre auf immer unschädlich gemacht werden. Und damit glaubt man die Revolution erschlagen zu können? Die Narren, die immer noch nicht so viel aus der Geschichte gelernt haben, daß solche gewaltige Bewegungen nicht das Werk einzelner, sondern aus den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen heraus wachsen und deshalb auch nicht durch systematisches Meucheln der Führer überwunden werden können. Die Richtigkeit dieses Satzes wird durch den Verlauf der russischen Revolution selbst außergewöhnlich bestätigt. Wie hat die russische Demokratie unter den Führern der Freiheitsbewegung aufgeräumt, wer kann sie zählen die tödlichen Rüste im Kampfe, die unterm Galgen geendet, in der Gefangenheit gemordet, oder im offenen Kampfe gegen Polizei und Soldaten gefallen sind? Und was war der Erfolg! An die Stelle der Getöteten traten neue Kämpfer; nicht kleinere, sondern größer wurde die Zahl derer, die mit eiserner Energie, unter Hintansetzung ihres Lebens die Löcher ausfüllten, die in den vorderen Reihen der Kämpfer gerissen wurden. Die blutige Saat der Despotie schoß gar mächtig in die Hölle und sie wird ihr schließlich doch noch über den Kopf wachsen. Die Revolution wird weiter um sich greifen und schließlich den Zarismus zur Kapitulation zwingen. Dafür ist die letzte Verzweiflungstat, das neueste Zarenthauptsatz, die beste Bestätigung.

Das die Wirkungen der Drohungen! As die in dem Manifest gemachten Versprechungen hinsichtlich der Reformen glaubt in Russland niemand mehr; selbst die „Gutgesinnten“, an die sie gerichtet sind, haben das Vertrauen in die Regierung verloren, sie wissen, daß die Regierung diese Versprechungen nur macht, um die Macht der zaristischen Despotie wieder aufzurichten. Es ist während der beiden letzten Jahren dem russischen Volke zu viel versprochen worden, ohne daß jemals etwas gehalten wurde. Im Gegenteil, die Versprechungen wurden heute gemacht, um tags darauf gebrochen zu werden. Die Auflösung der Duma hat dem Faz das Boden aufgeschlagen. Mit Hohnlachen wird daher die Ankündigung aufgeführt, was alles der neu zu berufenden Duma an Reformen gezeigt werden soll. Das russische Volk ist zu oft geraxt worden, um den schenkeligen, wohlwollenden Worten des Zarenmanifests Glauben schenken zu können.

Und deshalb wird das Manifest nach beiden Richtungen versagen. Die Revolutionäre lassen sich durch die Drohungen nicht schrecken, die „Gutgesinnten“ durch die Versprechungen nicht überreden. Die Revolution wird ihren Gang gehen aufrecht, fest und unerschüttert!

Wie das Manifest in Russland beurteilt wird, geht aus einem Bericht aus Petersburg her vor, in welchem es zum Schlus heißt:

Man proklamierte das Standrecht, weil nach meinen Informationen die Nachrichten vom Lande außerordentlich düster lauten. Das ganze Gebiet des Südens, des Südostens und des Südwestens in Russland ist in voller Gährung. Der Aufstand in den

valingen Provinzen gungen vor, die verhängte Dage zu Polen ist häniglich bekannt und dazu kommen die immer bringende werden finanziellen Schwierigkeiten. Eine neue verdeckte Anleihe ist bereits heran gekommen, denn trotz aller Beschränkungen bedeutet die neue Emission einer Serie von Schablonen, die bereits eingesogen waren, eine neue innere Anleihe und zumal schreitet man nun mehr, wie offiziell angekündigt wird, zur Vermehrung des russischen Papiergeldes. 1190 Millionen Rubel sind im Umlauf, während zu Beginn des russisch-japanischen Krieges 630 Millionen Rubel im Verkehr waren. Bezeichnung der inneren Anleihen, Steuererhöhung der äußeren Schulden, fast Verdopplung des im Umlauf befindlichen Papiergeldes — das charakterisiert die finanzielle Situation. Man steht in Russland vor den schwersten finanziellen Schwierigkeiten, wie ich annehme, wieder aufgestanden der revolutionären Bewegung. Das Mittel gegen diese Leben ist nach der Ansicht des Herrn Stolypin überall Phrasen nur das Staatsrecht. Es ist anzunehmen, dass das Ministerium Stolypin mit diesem Programm in längster Zeit zusammengebrochen sein wird. Was uns in Russland not tut, ist, dass die Bevölkerung wieder Vertrauen gewinnt. Die Handlungswise Stolypins wird die leichte Spur von Vertrauen tilgen, und ohne eine Durst, die durch freie Wahlen zustande gekommen ist, und der das Land daher seine Geschick vertraut überantwortet, gibt es keine Verwirrung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der „Gedächter“ des neuen Kolonialdirektors Dernburg soll nicht etwa Fürst Bismarck, sondern Freund Bod, der „geniale“ Geschäftsmann und Oberschweinefresser sein. Bodbielski hatte schon vor einer Reihe von Jahren, als Direktor Dernberg die Sommerubank radikal sanierte, den jungen Leuschner als „schaffen Besen“ kennen und schätzen gelernt. Als Landwirtschaftsminister hatte ja Herr v. Bodbielski die Hypothekenbanken zu überwachen. Wie nun in jüngster Zeit dem Herrn v. Bodbielski das Tippelsbacher Blatt auf den Nagel zu brennen begann, erkannte er sich des Herrn Dernberg als eines Helfers in der Not souler Verhältnisse. Ob Herr Dernburg dem Herrn v. Bodbielski bei seinem Versuch, die Beziehungen seiner Gattin zu der Firma v. Tippelsbacher Co. zu lösen, hilfreich, mit Rat oder Tat, beigestanden hat, steht dahin.

Wie's gemacht wird. Der Antisemitenhauptling Schack will sich seine späteren Reichstagwahlkosten sichern. Er hat innerhalb des Deutschen nationalen Handlungsgeschäfts einen Verbandes eine Verbindung geschaffen, die sich „Wartburg-Bund“ nennt, weil die Wartburg ausfällig in dem von Schack momentan vertretenen Wahlkreise Eisenach-Dernbach liegt. Nach den Sitzungen will die am 2. September d. J. gegründete Wartburg-Bund einfluss des Deutschen Handlungsgeschäfts auf den deutschen Reichstag und andere gehobene Körperschaften sicherstellen und verschärfen und zur Erreichung dieses Zwecks in erster Linie die dafür erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Mitglied dieser fahmosen Wartburg-Bund sind Gelbarmeln können nur Mitglieder des D. S. B. werden, und wer aus diesem ausscheidet, wird aus der W. B. ausgeschlossen. Der Beitrag beträgt 6 M. pro Jahr, zahlbar in zwei halbjährlichen Raten. Hoffentlich sorgen die Wähler des Kreises dafür, dass Herr Schack trotz der Hülse der Wartburg-Bund zum letzten Male Reichstagabgeordneter des Kreises gewesen ist.

Ein neuer Kamerun Skandal. Die „B. Z.“ am Mittag“ erzählt in ihrer neuesten Nummer einen ungewöhnlichen Vorgang aus Kamerun, bei dem Festo von Puttkamer, sein Protegé Leuschner und der neue Gouverneur von Kamerun, Dr. Seitz, eine unglaubliche Rolle gespielt haben sollen. Wir geben den Fall im wörtlichen Auszug nach dem genannten Blatt wieder: „Als Festo von Puttkamer noch Landeshauptmann von Togo war, kam dorthin ein Landwirtschaftsminister namens Leuschner, um finanzielle Studien zu machen. Auch Festo interessierte sich sehr für die schönen Küste — er interessierte sich überhaupt für alles andere mehr als für die Verwaltung der ihm unterstehenden Kolonien — und da wendete er sich an Herrn Leuschner mit der Bitte, er möchte ihn Unterricht in der Quartermaster ertheilen. Das tat Leuschner, und die beiden Herren wurden bald dicke Freunde. In der Horstierung seines Vaters zeigte sich Festo ungemein nobel: er nahm ihn nämlich in den Gouverneurszylinder auf und ernannte den Landwirtschaftsminister, der ja auf seinen Streifzügen durch das Land einige Wege kennen gelernt hatte, zum — Begebaumeister. Später wurde Festo Gouverneur von Kamerun. Aber er kannte keinen Stolz, sondern hielt noch wie vor mit Leuschner einzige Freundschaft, nahm ihn mit nach Kamerun und ließ ihn zum Bezirksteilnehmer von Buca überreden, dem südlichen Ort am Fuße der Kamerunberge, wo Festo seine Residenz aufschlug. Leuschner hatte noch etliche wichtige Vertrauensposten zu versetzen, er wusste nämlich die bekannte Ede alias Freifraulein von Eckardstein zeitweilig in seine Obhut nehmen, nachdem er sie selbst verhaftet hatte. Beiläufig gestagt, halte Festo dem Leuschnerischen Expatore die Ede nicht mehr als seine Cousine, sondern als seine Braut vorgestellt. In allen anderen Obhungen mag Herr Leuschner reiche Erfolge erzielt haben, als Schüler und Personalauditor der Ede aber scheiterte er vollständig. Denn diese betrug sich so überaus gemein und gefährdet die Tugend des Herrn Leuschner in dem Maße, dass Frau Leuschner sich verachtet sah, sie eines schönen Tages hinzuwerfen. Frau Leuschner scheint übrigens in dem tropischen Klima nervös geworden zu sein, und ihre Nervosität übt auf den sonst sehr gutmütigen und harmlosen Gatten einen unheilvollen Einfluss aus. Er ließ sich nämlich von seiner Frau einsiedeln, dass die Polizeisoldaten gegen die Europäer des Bezirks einen Aufschlag planten; und eines Tages rief er die in der Nähe der Station Buca wohnenden Weißen zusammen, um sie von dem angeblich geplanten Aufschlag der Weißen zu warnen. Leider fand der W. Jungen in Kontakt zu

dem Gouverneur des Bezirks bewaffnete Soldaten gegen die Europäer zogen, die bereits einige Minuten gewesen waren, und befahl ihnen, die Waffen abzulegen. Die Soldaten waren angesichts der bedrohlichen Situation aufs äußerste verdutzt und zögerten einen Augenblick, dem Befehl Folge zu leisten. Alshalb befahl Leuschner den Weißen, zu laufen, und mehrere Soldaten stürzten, von den Pugeln getroffen, tot zu Boden; eben über den Stationshof laufende Einwohner kamen in die Eingeborenensklave und wurde ebenfalls getötet. Einige Soldaten wurden verwundet und flüchteten.

Die ersten nach dem Sige des Belegschaftsvereins Wettina, wo sie sich (ein Brüder ihres guten Gewissens) beim Polizeimeister Leuschner meldeten. Die Untersuchung dieses so ungewöhnlichen Vorfalls hatte Herr Dr. Seitz zu führen, der damalsstellvertretender Gouverneur von Kamerun war und sich als Gouverneur die Lüthia der Kolonie übernommen soll. Dr. Seitz verzweigte zwei von den unglücklichen Bewohnern zu höheren Gefängnisstrafen, bis sie in Togo abzuhängen hatten. Gegen Leuschner erwarb mehr alle Beteiligten, auch Frau Leuschner, aufstrengte an, über den Vorfall das strenge Strafrecht weigen zu bewahren. Es wäre wohl tatsächlich nichts von diesen Vergängen im Kolonialamt bekannt geworden, wenn nicht der deutsche Konsul in Monrovia (Uferstaat) berichtet hätte, dass das Werbegeschäft unter den Bewohnungen auf ungeheure Schwierigkeiten stößt, weil ihnen die Künftige Schicksale bekannt geworden war und weil sie weiter von dem Dienst in Kamerun nichts wissen wollten, weil dort zu viel geprägt wurde. Sie nannten Kamerun nicht anders als die „Twenty five-Colonies“ und meinten damit, dass man dort zu 25 Leben gelangen könnte. Infolge dieses Kontrahentenberichtes wurde Festo zu einem amtlichen Bericht von dem Kolonialamt aufgefordert. Das Disziplinarverfahren, welches gegen Festo schwert, behält sich, so viel wir wissen, auf die Anklage der falschen Berichtserstattung nicht aus, obwohl der Bericht, den er in Sochen Leuschner erschossen hat, eine solche Anklage vollaus erforderte und würde. Beider hat sich das Kolonialamt, wie in so vielen anderen Fällen, mit dem Puttkamerischen Bericht begnügt und es ist in Sochen Leuschner vor hier aus nichts veranlasst worden. Daß diese Affäre unter den schweren Schutztruppen eine ungeheure Aufregung hervergerufen hat, und dass es nur mit Mühe und durch glückliche Umstände gelang, einen Aufstand, den sie planten, im Keim zu unterdrücken, ist allen Europäern, die damals in Duala waren, noch in lebhafter Erinnerung.“

Eine „patriotische“ Tat. 150 „deutsche“ Männer aus den Kreisen Sonderburg-Hadersleben stellten den Amtsrichter Dr. Hahn-Sonderburg zum Reichstagkandidaten im 1. schleswig-holsteinischen Wahlkreis auf.

Zusammenschluss bürgerlicher Parteien. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen haben schon vor längerer Zeit Angehörige der drei Parteien der bürgerlichen Linken, der freisinnigen Volkspartei, der sozialistischen Vereinigung und der deutschen Volkspartei, die Mittel zur Errichtung eines gemeinsamen Parteisekretariats für Frankfurt und die angrenzenden Wahlbezirke zusammengefeiert. Jetzt hat sich auch in Herrn Redakteur Schwarz von Mühlhausen, der sein Amt am 1. Oktober antreten wird, eine geeignete Kraft gefunden.“ Das demokratische Blatt begrüßt diese Mitteilung „mit großer Freude als neues Zeichen von dem stetigen Fortschreiten des Zusammenschlusses, zu dem der Ernst der Zeiten die Parteien der Linken zwingt“, und fügt als besonders erfreulich hinzu, „dass sich an der Beschaffung der Mittel auch Kreise beteiligt haben, die bisher dem politischen Leben fern standen und feindlich der drei Parteien angehörten“. Ein Zusammenschluss der drei hier in Rede stehenden Parteien hat in Süddeutschland — nur dieses kann ja für sich eine Koalition in Betracht kommen, da die deutsche Volkspartei nur dort existiert — schon jetzt stattgefunden. Aber diese Partei währt wahrscheinlich in der Stellungnahme bei Wahlen. Ob das bei formell festgeschlossener Koalition der drei Parteien so bleibt wird, ob nicht der vielfach so arg gescheiterte „Freistaat“ für zu treffende wahlpolitische Entscheidungen das Übergewicht erlangt, bleibt abzuwarten. Die deutsche Volkspartei würde als die am weitesten links stehende der drei Parteien einen großen Fehler begehen, wenn sie diese Freiheit die nachhaltige Siedlung in der Koalition einzumachen wollte. Ob im übrigen der Zusammenschluss der drei Parteien sonderliche politische Vorteile bringen wird, bleibt abzusehen.

Eine neue Neger Petition ist nach der „Festl. Blg.“ an den deutschen Reichstag, den Reichskanzler und das Kolonialrat gerichtet worden. Sie kommt vor den Bonambeleuten (Awohämme), und die Petenten verfüren eingangs, dass sie mit aller Unrechtmäßigkeit desmissen seien, sich alle Erzeugnisse der deutschen Kultur zu eigen zu machen, und allen Menschen bestrebt seien, lokale Schubbefohlene des deutschen Kaisers zu seien. Angesichts der großen Schärfkeit, die der Schnaps unter den Eingeborenen Kameruns anstellt, drücken die Awohämme den Wunsch aus, dass die Einfahrt des Teufels Alkohols für allemal strikt verboten oder doch wenigstens mit einem sehr hohen Zoll belastet werde. Wiederholte früher die Bonambeleute beim Gouvernement in Kamerun vorstellig geworden, dass ihre Kinder nicht nur 3, sondern 6 Jahre lang die Schule besuchen müssten. Das ist aber stets abschlägig beschieden worden. Jetzt kommen sie aber wieder darum ein, weil ihre Kinder berechtigt würden sollen, an denen das Deutsche Reich seine Freude haben werde. Ihre Kinder nach der Einschaffung aus der Schule irgend ein Handwerk erlernen zu lassen, dazu fehlt es in Kamerun leider an jeder Gelegenheit. Sie wünschen daher, auf eigene Kosten eine Gewerbeschule errichten zu dürfen. Ihre Wünsche gehen ferner dahin, sich einen Markt halten zu dürfen, dessen Honorar sie selbst vorher sicherstellen wollen, sowie dass sich Rechtsanwälte niedersetzen, wofür sie ebenfalls die Kosten aufzubringen und hinterlegen wollen. Weiter wird in der Eingabe der Wunsch ausgedrückt, dass die Regierung verfügen sollte, dass jedes Kind, sobald es 20 Jahre alt ist, zwei Jahre in der Schule dienen müsse. Zum Schluss be-

tonen die Britzer ausdrücklich, dass ihr Wille eindeutig sei, und dass sie unter allen Umständen einen Schutzbeschluß des Deutschen Reichs die ersten und die besten sein wollen. — Die Neger ziehen sich als recht verständige Leute, und wenn die Kolonialverwaltung sie unterstehen, ebenso verständig wäre, kann könnte in der Kolonie sicher manches besser ausgehen. Aber die Pläne der Neger zu fördern, hat nun offenbar kein Interesse, jedoch hätte ihre Bitte um Ausdehnung des Schulunterrichts nicht sofort abwegig erscheinen werden können.

Mucker und Beloten an der Arbeit. Die Kreis- und Landesverbände des Bezirkshaus beschäftigten sich im Auftrange des Kolonialamts unter anderem auch mit der Frage, wie man Einbrüchen der „verbötzlichen Literatur“ in den Gemeinden wirksam entgegengetreten werden kann. Im Kreisjahrhundert Hildesheim hatte Seminar Oberlehrer Schmitt von Orléansburg in dieser Angelegenheit das Vorrecht, Wagdorlar zum jüngsten Preuß. Lehrerzeitung nach dem gedruckten vorliegenden Verhandlungen der Kreishilfe mitteilte, mehrfach, sehr selbstst. an. Geben wir daraufhin ein Beispiel: Von seinem Kampf gegen die schlechte Literatur berichtete Herr Schmitt berichtet, dass er den schlechten Geschmack eines Jugendbekannten so gänzlich verbessert habe, dass „Gottfried von Straßburg“, „Wieland“, „Heine“, „Goethes Faust“ von seinem Schreibbrett verschwanden. (Das mög. ein netter Idiot gewesen sein) und Bloßmachungen für Junks Buch „Seelenkämpfer und Seelenfreuden“ und für die „Große Missionsscharfe“. Herr Schmitt ist offenbar ein Mann nach dem Herzen Studts. Weder bringt seine Seminar-Autorität es noch dahin, dass Goethe und Schiller gänzlich aus der Schule verschwinden. Mit einem „Ministerium des Gesetzes“, wie wir es jetzt haben, sind sie auch wirklich schlecht vereinbar. — Lebzig wurde die Arbeit dieser Literaturverhüter nicht entfernt so erfolgreich sein, ihr Kampf gegen Goethe, Heine und andere Großen der Nation nicht entfernt so willkürlich, wenn in unseren Schulen die Pflege der klassischen eine intensivere wäre. Dean Huber, die unsere Klassiker lernen, denen bewusst ist, was wir und die Kultur ihnen verbannt, die losen sich ihren Heine und Goethe nicht von gelassenen Pfaffen und Dunkelmännern aus dem Herzen zu lösen!

Der schwärende Brand. Jämer neue Opfer reicht der Kolonialbrand in die Tiefe, und doch ist es sicher, dass ein Ende der standalösen Entwicklungen noch gar nicht abzusehen ist. Noch wochenlang wird es so weiter gehen, und gerade die patriotischen Kreise werden bedroht. Diesmal ist es ein ergötzlicher Bisselkampf zwischen der Schriftspresse und der Täglichen Rundschau“, der neuen Blatt in bisher noch dunkle Abgründe wirkt, nach dem Grundsatz: wenn zwei Schreie sich streiten, erfahren die christlichen Leute die Wahrheit. Der „Berliner Volksanzeiger“ hatte bekanntlich vor einigen Tagen die Notiz gebracht, dass außer dem Major Fischer auch noch andere Offiziere von der Firma Tippelskirch subventioniert wären. Darauf replizierte Ripppler von der „Täglichen Rundschau“, der Inspizitor dieser Notiz sei der Oberstleutnant Dr. Dr. der Leiter des Oberkommandos der Schutztruppe. Der beleidigte Dr. Dr. sandte darauf der Rundschau eine lange Berichtigung, in der er die Wahrheit der Rippplerschen Behauptung entschieden bestritt, zugleich aber hinzufügen musste: „Es ist wahr, dass am 22. b. M. abends gegen 10 Uhr in meiner Wohnung ein Herr v. Spalding im Auftrage des Chefredakteurs des „Berliner Volks-Anzeigers“ erschien und mir eröffnete, es seien der Redaktion Mitteilungen zugegangen, dass außer Major Fischer noch ein anderer Offizier des Oberkommandos erhebliche Darlehen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spalding hat um die Erwähnung, dass die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieser Aufstande wies ich mit der Begründung ab, dass mir vor der ganzen Sache nichts bekannt sei und dass ich zunächst der betreffenden, auf Utaud weiteren Offizier befragen müsse. Die denkstiftende Antwort des Offiziers ergab, dass er allerdringend eine Entschuldigung für die Firma v. Tippelskirch und in erster Linie auch Barbarischen von der Firma v. Tippelskirch erhalten habe, zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers

Mode, als absolut unethisch überwältigt worden, und zwar unter der übäufigen Erklärung, daß die Moltz von Überleitungsamt Oude dem Hauptmann Dörnhauer vom „Volksarbeiter“ in der beöffentlichen Fassung in die Fehler erkannt worden sei und deshalb, nach vorher gezeigten Befragungen, nicht zurückgezogen werden könne. Hier Mode hat auch jetzt, in Gegenwart eines Vertreters unseres Bündnis, trotz der Rückfrage durch Überleitungsamt Oude, die Erklärung vorgebracht, daß dem „Volksarbeiter“ der Inhalt der sensatiorielle Meldung vom Oberkommandeur der Schutztruppe endlich bestätigt worden sei! — Und so geht es weiter mit Große. Wer will morgen purzeln?

Aufschluß.

Aufgeschoben. . . . Das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet aus Wienburg, daß in Angriffenheit des plattdeutschen Altersatz auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch 6 Verhaftungen vorgenommen sind. Rechtswidrige Weise gelang es 4 von den Verhafteten, während des Transports zu entkommen. Bei den Verhafteten sind von einem Plan der Villa des Großfürsten und das gegen ihn von den Revolutionären gefasste Todesurteil.

Hinterarbeit. Gefährdet wurden in Riga der Revolutionär Klimura wegen Errichtung des Postores Birman und dessen Frau sowie zwei andere verurteilte Revolutionäre erschossen. — Die Altertümerei des russischen Generals Mina ist vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden; das Urteil sollte in der Nacht zum Sonntag vollstreckt werden.

Entdeckt. Im Stadtfängnis von Taschkent (Turkestan) wurde ein großer Minengang entdeckt, bei politische Gefangene unter Wartung gefangener Sappenreiter Minenkompagnie angelegt haben.

Bombentwurf. Auf dem Boden der Hauptsynagoge in Kertsch explodierte eine Bombe; eine Person wurde getötet, eine andere verwundet. Die Synagoge wird von einer Militärpatrouille bewacht.

Indien.

Drohende aufständische Bewegung. Aus Kalkutta wird gemeldet: Ein Pamphlet aufzehrerischen und aufreizenden Inhalts wurde von einer geheimen Gesellschaft, genannt „Das goldene Bengal“, über ganz Bengalen unter Hindus und Mohammedanern verbreitet. Die Gesellschaft fordert alle zur Erhebung und zur Verteilung der Engländer aus dem Lande auf. Der Sitz der Gesellschaft wird in Kalkutta vermutet. Seit der Niedigung Banerjees haben diesen bereits zahlreiche Anhänger verlassen. Es besteht Uneinigkeit selbst unter den Führern der Bewegung. Gleichwohl ist es wahrscheinlich, daß wenn der Aufruhr nicht energisch unterdrückt wird, noch große Schwierigkeiten bevorstehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 10. September.

Achtung, Holzarbeiter! Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern, Drechsler, Maschinenarbeitern und Hölzernarbeiten ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Achtung, Flussschiffer! Über den Betrieb von Holz W. ist die Sperrung verhängt.

Kartellversammlung am 9. September 1906. Nach eingehender Debatte beschloß die Kartellversammlung, den Boykott über die Scheersechen Waren aufzuhören. Der Vertreter der Schlachter dankte für die seiner Gewerkschaft bisher geleistete Unterstützung und bat, auch ferner für die Förderung der Organisation der Schlachtergesellen einzutreten.

Mit der Bierpreiserhöhung beschäftigte sich eine am gestrigen Sonntagvormittag im Vereinshaus abgehaltene, vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins und der Kartellkommission einberufene Volksversammlung. Zu laufenden hatte das arbeitende Volk Lübecks dem Rufe ihrer Vertrauenspersonen folge geleistet. Der große Saal des Vereinshauses war überfüllt. Um 11 Uhr eröffnete Genosse J. Körner im Namen der Kartellkommission die Versammlung mit einleitenden Worten. Mit der Leitung der Versammlung wurde die Kartellkommission beauftragt. Das Wort erhielt sodann Genosse Reichstagsabg. Schwarz, der zunächst darauf hinwies, daß diese Versammlung im Gegensatz zur Versammlung im Hansa-Theater eine politische sei. In eingehender Weise wies Redner darauf hin, daß es schon seit langer Zeit das Bestreben gewisser Regierungsparteien gewesen sei, Bier und Tabak bluten zu lassen. Lange habe man sich gesträubt, diesen Bestrebungen Rechnung zu tragen, jetzt sei aber der Widerstand gebrochen worden, zunächst insoweit, als die Erhöhung der Brausteuer in Betracht komme. Am 28. November 1905 sei bereits in der Thronrede betont worden, daß die Reichsfinanzen in einen Zustand geraten seien, der baldige und schnelle Abhilfe erfordere. Und Bölow habe im Reichstage vor aller Deffensibilität auseinander müssen, daß Ebbe im Reichssadel sei. Die von ihm angeführten Zahlen hätten ein erschreckendes Bild von unseren Finanzen gegeben. Der Reichsschatzsekretär Stengel mußte gleichfalls augeben, daß es so nicht weiter gehen könne. Als das geeignete Mittel habe er bezeichnet, den Konsum der großen breiten Masse mit neuen Steuern zu belegen. Derselbe Herr habe dem Volke glauben machen wollen, daß es in seinem Interesse liege, wenn die Flotte vermehrt, wenn Deutschland Hans Dampf in allen Gassen sei. Es sei gar nicht der Wille der Gesetzgeber gewesen, die Brausteuer auf die Schulter der Konsumenten und Zwischenhändler abzuwälzen; vielmehr gebe klipp und klar der Begründung hervor, daß die Brauereien selbst die erhöhte Steuer tragen sollten. Deshalb sei auch die Staffelung eingeführt worden, die sonst ja gar keinen Zweck hätte. Gerade die national-liberale Partei unter Führung Büsing sei es gewesen, die vollständig für die Erhöhung der Brausteuer eingetreten sei. Außer der sozialdemokratischen Fraktion hätten nur die beiden freisinnigen Parteien gegen die Brausteuererhöhung gestimmt. Nach dem § 6 des Flottengesetzes, der eine Abmilderung der erhöhten Flottenlasten auf die schwachen Schultern durch indirekte Steuern vermeiden wolle, sei die Abmilderung der Brausteuererhöhung auf die Konsumenten nicht zulässig. Hieran aber habe sich die Reichstagsmehrheit nicht gelehrt. Nach der Staffelung würden

die hiesigen Brauereien durch die Erhöhung der Brausteuer um 18 bis 45 Pf. pro Hektoliter belastet. Nun sei seitens der Brauereibesitzer behauptet worden, daß die Erhöhung des Bierpreises auch bedingt sei durch die Einführung des neuen Zolltarifes. Ja, wer sei es denn gewesen, der den Zolltarif zu Lande gebracht hätte? Es seien diejenigen Parteien gewesen, denen die Brauereien Gesellschaft geleistet hätten bzw. noch leisten. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion seinerzeit auf die Weise der Obstruktion den Zolltarif mit allen Mitteln bekämpft habe, da seien es dieselben Herren, die heute über den neuen Zolltarif ja immer gewesen, welche über die Sozialdemokratie und ihr Verhalten im Reichstage schimpften. — Die Bierfrage sei jedoch nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine soziale Frage. Durch den Bierkonsum werde der verderbliche Schnapsgenuss bekämpft. In Lübeck sei der Bierkonsum im Laufe der Jahre zurückgegangen, welche Tatsache wohl nicht zum mindesten der Abstinenzbewegung zuschreiben sei. Zu der Ichthaufklammerung des Brauertringes übergehend, wies Redner nach, daß die Erhöhung der Brausteuer im Durchschnitt die Lübecker Brauereien um 31 Pf. pro Hektoliter belaste. Rechner man nun noch für die erhöhten Zölle u. 50 Pf. pro Hektoliter hinzu, so ergebe sich eine Mehrbelastung von durchschnittlich 81 Pf. pro Hektoliter. Die hiesigen Brauereien wollten also die Konsumen um 69 Pf. pro Hektoliter Bier schützen, also ein gutes Geschäft machen. Nun wolle man, wie ja auch aus dem Bericht der Brauerei bewege und wie es in der „Brauindustrie“, dem Organ der Brauereikönige, geschehe, die Brauereiarbeiter als Prellbock zwischen Konsumenten und Produzenten benutzen. Dieser Plan aber werde misslingen, dafür sorge die deutsche Arbeiterschaft. Redner empfahl folgende Resolution:

Die heute, am 9. September 1906, im Vereinshaus, Johanniskirche 50/52, tagende Volksversammlung erklärt den Bierkrieg als eine Folge der höchst ungerechtfertigten Steuerpolitik der Regierung und der sogenannten Ordnungsparteien. Sie legt mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen ein, daß die von der Reichstagsmehrheit beschlossene Brausteuererhöhung auf die Schultern der Zwischenhändler und Konsumenten abgewälzt werden soll und verpflichtet sich, so lange auf den Genuss von Lager- bzw. Flaschenbier aus hiesigen und auswärtigen Ringbrauereien zu verzichten, bis die Preise wieder auf den ortsüblichen Stand zurückgegangen sind.

Die Versammlung nimmt von den in der Deutschen Brau-Industrie veröffentlichten Vorschlägen:

alle sozialdemokratischen Brauerei-Gehülfen und Arbeiter während der Dauer des Boykotts je eine Woche und länger die Arbeit aussetzen zu lassen und bekanntzugeben, daß solche Arbeiter, die während des Boykotts in ringfreien Brauereien gearbeitet haben, niemals mehr in boykottierten Brauereien Arbeit erhalten sollen, gebührend Kenntnis und erklärt, daß sie einen solchen Versuch mit untauglichen Mitteln schon zu begegnen wissen werde und daß die als Prellbock zwischen Ringbrauerei und Konsumenten in Aussicht genommenen sozialdemokratischen Brauereigebüschen und Arbeiter ganz sicher auf eine tatkräftige Unterstützung seitens sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschafts rechnen können.

Die Versammlung nimmt von den in der Deutschen Brau-Industrie veröffentlichten Vorschlägen:

alle sozialdemokratischen Brauerei-Gehülfen und Arbeiter während der Dauer des Boykotts je eine Woche und länger die Arbeit aussetzen zu lassen und bekanntzugeben, daß solche Arbeiter, die während des Boykotts in ringfreien Brauereien gearbeitet haben, niemals mehr in boykottierten Brauereien Arbeit erhalten sollen, gebührend Kenntnis und erklärt, daß sie einen solchen Versuch mit untauglichen Mitteln schon zu begegnen wissen werde und daß die als Prellbock zwischen Ringbrauerei und Konsumenten in Aussicht genommenen sozialdemokratischen Brauereigebüschen und Arbeiter ganz sicher auf eine tatkräftige Unterstützung seitens sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschafts rechnen können.

Lebhafte Beifall folgte den Aussführungen des Referenten. — An der Debatte beteiligte sich als erster Genosse Stelling. Derselbe beschäftigte sich zunächst mit dem bekannten Bericht der Brauereien, nach der die sich als die Bedrängten hinstellten, die ruiniert seien, wenn sie nicht 1,50 Mt. pro Hektoliter mehr erhielten. Wie aber kommt es denn, daß dieselben Brauereien das Bier nach wie vor nach den holsteinischen und mecklenburgischen Normen umgegangen zu dem alten Preise liefern? Redner empfahl vorstehende Resolution und betonte, daß der Beschuß, der im Hansatheater gefasst sei, für uns nicht maßgebend sein könne. Der von den Brauereien geplante Raubzug auf die Taschen der Konsumenten müsse abgeschlagen werden und deshalb müsse die Worte lautet: Wir trinken kein Ringbier. (Lebhafte Beifall.) — Gastwirt W. Körner empfahl die Annahme der Resolution, die im Hansatheater gefasst worden sei. Ein gegenwärtiger Beschuß würde die abhängiger Wirtschäfer schwächen. Außerdem sei die Kontrolle sehr schwer. — Gastwirt Storch ist es gleich, welche Resolution Annahme findet. Es sei aber notwendig, das Bier aus solchen ringfreien Brauereien zu entnehmen, wo auch antändige Wöhre bezahlt würden. — Gastwirt Eggers plädierte dafür, daß sämtliches Lagerbier, ob ringfrei oder nicht, gemahlen werde. Es gebe auch ohne Lagerbier ab. — Genosse Oldörp wandte sich gegen Eggers. Man sollte ruhig den Genuss von ringfreiem Bier gestatten. Je mehr ringfreies Bier hier herkommen, desto eher seien die Brauereien zum Nachgeben bereit. Was man von manchen Wirtsen halten könne, gehe daraus hervor, daß der Einbringer und Begründer der im Hansatheater angenommenen Resolution am anderen Morgen telephonisch Flaschenbier aus einer Ringbrauerei bestellt habe. — Genosse Böller wandte sich dagegen, daß überhaupt Lagerbier geschwemmt werde, desgleichen Genosse Maedke. Letzterer hob noch hervor, daß die Wirtschaft immer dem Bürgerium nachgelaufen seien, jetzt müßten sie aber doch einsehen, daß sie auf die Arbeiterschaft angewiesen seien. — Gastwirt Schmehl trat für den Ausschank von ringfreiem Bier ein. Der Gastwirt Körner sei es gewesen, der Montags abends für den Bericht auf Lagerbier plädiert und Dienstagabends morgen selbst Ringbier bestelle. — Gen. Thies hätte es lieber gehabt, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der Siebener-Kommission der Wirts-Rechnung gegegenüber zu entscheiden, wenn man sich der Frage der Wirtschaftserhöhung beschäftigt hätte. Es sei zwölfjährig, wenn eine Kommission gewählt werde, welche zwischen den Brauereien und Wirtsen unterhandeln sollte. — Gen. Benthien war gegen den Ausschank von ringfreiem Bier. — Gen. Stelling trat nochmals warm für die Resolution Schwarz ein. Man habe damit ja auch den Wünschen der

Zöllnichen abgehalten. Die beiden Radfahrer, denen es vielleicht möglich sein dürfte, eine Beigabe der beiden Töter anzugeben, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalabteilung zu melden.

pb. Festgenommen wurde ein Uhrmacher aus Wenden, der seitens der Amtsanwaltschaft in Bremerhaven wegen Unterdrückung steckbrieflich verfolgt wird.

pb. Entgangene Person. Das vor einigen Tagen als gestohlen gemeldete Fahrrad „Marke Superior“ wurde in den Anlagen am Kanal vor dem Mühlentor, gegenüber dem Kaisertor, im Gebüsch versteckt gefunden. Die Erkennungszahlenschilder waren abgemacht und in die Satteltasche gesteckt. Wer das Rad dorthin gestellt hat, war nicht zu ermitteln.

pb. Wer ist die Tote? Am Sonntagabend gegen 9 Uhr wurde in den Anlagen vor dem Mühlentor beim ehemaligen Klosterkirchhof die Leiche einer etwa 65 Jahre alten unbekannten Frau gefunden, die anscheinend einem Herzschlag erlegen ist. Bekleidet ist dieselbe mit schwarzer perlenbesetzter Kapotte, schwarzen Umhangkragen, schwarzen Perlenkleid und Gummiwürtzeln. In der Kleider tasche befindet sich ein weißes Taschentuch, ges. G. K. In einem runden Weidenkorbchen, welches die Verstorbene bei sich trug, befanden sich zwei leere Weinsäckchen. Personen, die die Leiche identifizieren können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalabteilung zu melden.

Ahrensburg. Einen Tatzenberger Nachnamen oder den glaubt man hier in der Person eines Bettlers verhaftet zu haben.

Niedorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Neben das Geschäft von Hardi ist die Sperr verhängt.

Hamburg. Großfeuer im Heidmannschen Kohlenlager in der Hafenstraße. Das Kohlenlager W. Heidmann in der Hafenstraße brennt seit Sonn-

abend Vormittag 9^{1/2} Uhr. Es haben sich die Feuerwehr 2 und 3 auf der Brandstelle eingefunden, um mit ihren Mannschaften die Löscharbeiten auszuführen. Der Brand ist so stark, dass alle 5 Minuten die Löschmannschaft abgelöst werden muss. Es wird aus zwei Rohren Wasser gegeben und die große Dampfspritze unterstützt die Löscharbeiten. Beider ist auch ein Feuerwehrmann zu Schaden gekommen; er stürzte aus der ersten Etage mit dem Rücken auf ein eisernes Geländer und trug komplizierte Rippenbrüche davon. Bei vielen Feuerwehrmännern sind infolge des Dschlusses Augenentzündungen entstanden. Da Kohlenlager wird nach und nach abgetragen, und unaufhörlich fahren beladene Kohlenwagen davon. Wie festgestellt worden ist, ist der Brandherd in der vierten Etage des Kohlenlagers zu suchen. Die Löscharbeiten werden sich noch bis in den Montag hinzuziehen.

Neumünster. Zur Tarifrevision im Buchdruckereiwerbe. Eine Sonntag hier veranstaltete stark besuchte Versammlung der Zeitungsverleger und Buchdruckereibesitzer Schleswig-Holsteins beschloss, die Tarifvertreter zu beauftragen, u. a. entschieden gegen die von den Gehilfen beantragte Verkürzung der Arbeitszeit und 16 prozentige Lohnherabsetzung Stellung zu nehmen. — Wir vermissen den Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit und Beführung des Lohnes; sollten die armen Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger vielleicht gar so human sein, es auf weitere fünf Jahre beim alten bewenden zu lassen? Das wäre doch zu gültig!

Kremperheide. Großfeuer. Während der Hofbesitzer Jakob Grawert hier selbst gestern Morgen mit seinen Hunden nach Barsleb geritten war, entstand in seiner Scheune um halb neun Uhr Feuer. Es griff so schnell um sich, dass es den herbeigeeilten Nachbarn nur gelang, die im Hause befindlichen Tiere ins Freie zu führen. Innerhalb einer Stunde waren Wohnhaus, Scheune und

Schweinehaus eingäschert. Den benachbarten Feuerwehren aus Neuenkirchen, Döging, Krempermoor und Kremperheide gelang es, das dem Viehhändler Kleemann gehörige Haus, das schon Feuer gefangen hatte, zu retten.

Sonderburg. Die Nieter auf der Sonderburger Schiffswerft haben am Freitag wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. Da der Inhaber der Werft, Herr Johansen, früher Meister in Flensburg auf der Schiffswerft war, wird er höchstwahrscheinlich versuchen, sich aus Flensburg Werftarbeiter zu holen. Zugleich ist fernzuhalten.

Bremen. Die Auswanderung über Bremen ist im August dieses Jahres höher gewesen als je im gleichen Monat seit 1902. Es wanderten 14 118 Personen aus gegen 10 573 im August 1905, 9 311, 11 242, 8 354 im August des Jahres 1904; 1903, 1902. Die Zahl der Auswanderer von Januar bis August dieses Jahres übertrifft um ein kleines die vom August des vorigen Jahres 14 184 gegen 14 1819. 1904 wanderten 82 522, 1903 120 713 und 1902 99 061 Personen über Bremen aus. Von den Auswanderern gingen in diesem Jahre 313 363 nach den Vereinigten Staaten, 4644 nach den La Plata-Staaten und 2612 nach Großbritannien.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide.

Lübeck, 8. Septbr.

Weizen, neuer 127—132 Pfd. hell, M. 166—171, Roggen neuer, 120—125 Pfd. M. 145—150, Hafer, alter, je nach Qualität M. 170—175, neuer, je nach Qualität M. 145 bis 160, Gerst, neue, je nach Qualität M. 150—160.

Zum 1. Oktober eine kleine Wohnung, Preis 100 Mk. Bleicherstraße 6.

Sofort

Bauarbeiter gesucht.

Flaskämper, Wickedestraße 5.

Gesucht zu sofort

ein tüchtiger Schuhmachergeselle

Urnimstraße 24.

In sofort ein verheirateter Biersährer gesucht. St. Lorenz-Brauerei.

Eine gneich. 2 Schlaf. Bettstelle zu kaufen gesucht. Näheres

Lg. Lohberg 41, II.

Zu verkaufen das Haus Schwartauer Allee 223 a. Mietvertrag 970 Mk., Preis 1650 Mk. Anzahlung 1000 Mk. 4 Wohnungen. Näheres dafelbst.

Roman zu verkaufen „Loser Blatt“ von 1904 Glandorfstraße 12, I.

Verloren ein Ring mit zwei kleinen und zwei großen Schlüsseln. Bitte abzugeben bei

Aug. Kost, Weihhandlung, Fackenburg

Billig! Große saure Heringe, sehr Billig! kein mariniert, à Et. 5 Mk. Billig! Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61.

Adolf Bübner Uhren n. Gold. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Vrodenes Brennholz in allen Sorten, in Stöcken, gesägt und kleingemacht, empfiehlt

Fernruf Christian Gädé 242. Kontor Fischergrube 4 und Lager bei der Drehbrücke.

Prima schwedische Kronsbeeren Bahn- und Postversand empfiehlt zum billigsten Tagespreis

T. Buhrmann, Holstenstr. 23.

Bei besonders schön Kochende grüne Erbsen empfiehlt T. Buhrmann, Holstenstraße 23.

Nur beste nordische Kronsbeeren täglich frisch, versendet per Post zum stets billigsten Tagespreise

Ludwig Hartwig, Übertrave 8.

Führer durch die Strafprozessordnung.

Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heinemann.

Preis 40 Pfsg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johann Stelling. — Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.

Belegger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Berliner Volks-Zeitung mit illustriertem Sonntagsblatt

Chefredakteur: Karl Vollrath

täglich zweimal erscheinend

ist die billigste Zeitung.

Wegen ihres in der ganzen deutschen Presse einzig dastehenden „Arbeitsmarkts“ für jeden Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentbehrlich.

In jeder Zeile interessant ist der Inhalt der „Berliner Volks-Zeitung“.

Frisch, schneidig, unerschrocken ist die Devise, unter der die „Berliner Volks-Zeitung“ für Freiheit und Recht kämpft.

Im nächsten Quartaal gelangt zum Abdruck: Der

Detektivroman v. Conan Doyle „Der Hund von Baskerville“

eine der sensationellsten Erscheinungen der englischen Romanliteratur. Der Held der Geschichte ist Sherlock Holmes, ein Privatgelehrter, der seine großen Eigenschaften zur Enrätselung geheimnisvoller Verbrechen benötigt. Wenn Behörde und Gesellschaft keinen Rat mehr wissen, senden sie zu Holmes. Das ist der Fall auch im „Hund von Baskerville“. Eine düstere Sage der Vorzeit wird mit einem geheimnisvollen Kriminalfall unserer Tage in eine merkwürdige Verbindung gebracht. Der Leser wird durch die geistreiche Verschlingung der Fäden bis zum Schluss in atemberauer Spannung gehalten.

Abonnementpreis bei allen Postanstalten

nur 80 Pfg. monatlich

oder 2 Mk. 40 Pfennig vierteljährlich. Probenummern kostenlos.

Annoncen in der weitverbreiteten Berliner Volks-Zeitung anerkanntermaßen von großer Wirkung.

Expedition der Berliner Volks-Zeitung Berlin SW. 19.

Der

Neue Welt-Kalender

für 1907

31. Jahrgang

ist reich ausgestattet erschienen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Preis 40 Pfennig.

Grosse Auktion

Breitestraße 32

Dienstag nachmittag 3^{1/2} Uhr über:
Porzellau-, Steinigt-, Glas- und Majolika-Waren
à tout prix.

Auktionator Albert Mohrmann.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher Königstraße 62, b. d. Gürtel.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Uhrlader einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 211

Dienstag, den 11. September 1906. 6.

13 Jahrz.

Bericht des Parteivorstandes.

(Fortsetzung.)

Die Parteipresse hat die steigende Tendenz, von der im vorigen Bericht gesprochen wurde, auch in dem abgelaufenen Berichtsjahre aufzuweisen. Nur wenige Blätter sind es, die Zuschüsse beziehen.

Die Genossen Magdeburgs, die erst vor Jahresfrist die Druckerei, in der die „Vollstimme“ hergestellt wurde, kauft erworben und technisch vervollständigt haben, sehen sich gezwungen, Erweiterungen vorzunehmen, die in die Erweiterung der Erwerbung eines eigenen Heims für die Druckerei auslaufen.

Im eigenen Hause und eigener Druckerei erscheint seit dem 1. Januar die „Freie Presse“ in Elberfeld. Die Buchdruckerei des Genossen Grümpe, in der die „Freie Presse“ 18 Jahre hergestellt wurde, ist von den Genossen läufig übernommen. Die Druckerei besitzt jetzt 2 Rotaktionsmaschinen, wodurch jeder Eventualität bei dem Scheinen bis achtzig Blätter vorgebeugt ist.

Nachdem die Genossen in Hannover im vorigen Jahre ein in bester Lage der Stadt gelegenes Grundstück erworben hatten, war der Ausbau und die Einrichtung Ende März soweit geboten, daß am 1. April der „Vollstimme“ in eigener Druckerei und im eigenen Hause hergestellt werden konnte. Von der Firma Dörner u. Löber, bei der bisher der Druck des „Vollstimme“ ausgeführt wurde, wurde sämtliches Inventar und die Maschinen übernommen. Die Auflage des „Vollstimme“ beträgt über 20000.

Am 16. April feierte das „Hamburger Echo“ inklusive seiner Vorläuferin, der „Bürgerzeitung“, das 25jährige Jubiläum. An diesem Tage erschien die erste Nummer der von Johannes Wedde gegründeten „Bürgerzeitung“, nachdem alle früher erschienenen sozialdemokratischen Zeitungen Hamburg-Altona unter dem Sozialstengesetz verboten worden waren. Das Blatt verschaffte aber ebenfalls dem sozialistischen gesetzlichen Verbot wegen eines Artikels, betitelt: „Gewalt ist kein Heilmittel“. Schnell folgte dem unterdrückten Blatt das „Echo“, das jetzt 50000 Abonnenten hat.

Mit den Vorarbeiten, das Blatt in eigener Druckerei herzustellen, sind die Genossen in Braunschweig beschäftigt. — Die Genossen in Mainz sind gezwungen, fast durchweg neues Betriebsmaterial für die Druckerei anzuschaffen. Um die Herausgabe einer großen Tageszeitung zu ermöglichen, die für das Ruhrgebiet, speziell der Kreise Essen und Duisburg, eine Notwendigkeit geworden ist, werden die Genossen in Essen eine Parteidruckerei errichten. — Darüber soll durch Information an Ort und Stelle der Plan erwogen werden, ob die „Gazeta Robotnicza“ dreimal wöchentlich erscheinen soll oder ob sie in ein Tageblatt umgewandelt werden kann.

Aus der Firma der „Fränkischen Verlagsanstalt und Druckerei“ in Nürnberg ist Genosse Singer ausgetreten.

Die unter der Firma J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart seit 1881 bestehende Verlagsbuchhandlung wird seit dem 1. Januar auf Rechnung der Partei geführt. In der Organisation des Geschäfts ist mit der Eigentumsänderung ein Wechsel oder Aenderung nicht verbunden. Genosse Dietz widmet dem Geschäft vor wie nach seine unveränderte Unterstaltung.

Vom Parteivorstand wurde der gegebenen Anregung entsprechend beschlossen, der „Gleichheit“ alle 4 Wochen eine Kinderzeitung neben den regelmäßigen Beilagen beizulegen. Der Kostenpunkt wird sich jährlich auf 1500 M. belaufen.

Die illustrierte „Neue Welt“ wird in einer Auflage von 401500 einer Anzahl der Parteidräleiter beigegeben. Eine größere Zahl der Parteidräleiter stellt eigene Unterhaltungsbeilagen für ihre Auflage her.

Der im 31. Jahrgang erscheinende „Neue Weltkalender“, Verlag von Auer u. Co., Hamburg, hatte im 30. Jahrgang eine Auflage von 150000, die vollständig verkauft wurde.

Die Frage der Homogenität der Redaktion des „Vorwärts“ hatte bereits im vorigen Jahre den Parteivorstand und die Preskommission wie erholt beschäftigt. Desgleichen

eine Sitzung, an der die gesamten Funktionäre Groß-Berlins teilnahmen. Die Aussprachen und Verhandlungen hatten als Ergebnis nicht das gewünschte Resultat. Die Genossen schieden der Redaktion unverzagt, ja sie sparten sich in Ordnung. Auch die vor der Flussehner-Kommission in Zürich geplante Verhandlung in der Sache brachten keine Besserung in dem persönlichen Verhältnis der Redakteure zu einem und zu. Darauf mußte das in einer Mediation widerstandsfähige Kollegiale Zusammensetzen nicht nur schwer leben, sondern fast unmöglich werden. Der Zustand in der Redaktion war unhalbar geworden.

Parteivorstand und Preskommission hielten es bestmöglich für ihre unabdingliche Pflicht, einen gangbaren Weg zu finden, der aus der untraglichen Lage herausführt. Parteivorstand und Preskommission traten zur Beratung der Lage zu einer gemeinschaftlichen Sitzung am 2. Oktober 1905 zusammen, zu der auch Vertreter Groß-Berlins geladen waren. Da weder der Parteivorstand noch die Preskommission in der Lage war, bestimmte Vorschläge zu machen, kam man überein, solche in der nächsten ordentlichen Sitzung der Preskommission vorzulegen und zu beraten. Diese Sitzung der Preskommission fand am 6. Oktober statt und war auch die Redaktion eingeladen. Der Redaktion wurde jedoch bekannt gegeben, daß Vorstand und Preskommission allein zu verhandeln wünsche, worauf sich die anwesenden Redakteure entzerrten. Vorstand und Preskommission kamen überein, die Verhandlungen, die personelle Natur waren, solange direkt zu behandeln, bis man zu einer vollständigen Einigung in bezug auf den Personenachsel in der Redaktion gelangt sei.

Gegen den Abschluß der Redaktion von den Verhandlungen, die der Parteivorstand und die Preskommission mit einander pflogen, wandten sich die Redakteure Böttcher, Eicke, Graebner, Haller, Weißler und Schröder durch Schreiben vom 10. Oktober. Die den Genannten am 16. Oktober von den Genossen Geißel und Pfannschmid gezeigte mündliche Antwort wurde in schriftlicher Ausfertigung durch Schreiber vom 17. Oktober gewünscht. Diesem Wunsche wurde am 20. Oktober seitens des Parteivorstandes und zwar seitens sämtlicher Mitglieder entsprochen. Als Antwort auf den Brief des Parteivorstandes reichten die sechs Redakteure Sonnenburg, den 21. Oktober 1905, nach 6 Uhr abends, ihre Kündigung auf dem Partebureau ein mit dem Hinzufügen, daß sie dieselbe unverzüglich der Deffentlichkeit unterbreiten würden. Hierzu ist in der Form geschehen, daß Sonntag, den 22. Oktober, die Kündigung im „Vorwärts“ an der Spalte der politischen Übersicht erschien.

Parteivorstand und Preskommission nahmen am 23. Oktober die Kündigung an. Beide Körperschaften teilten mittels Schreiber vom 28. Oktober den sechs Redakteuren mit, daß vom 29. Oktober ab auf ihre fernere Tätigkeit in der Redaktion verzichtet werde. Neu eingetreten in die Redaktion sind die Genossen Böck, Davidsohn, Düwell, Stadt-Hagen, Weber und Bermuth.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts“ bezeichnete sich am Schluß des Geschäftsjahrs auf 112000 Exemplare.

Unter den Ständen des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“, der „Gleichheit“ und des „Wahren Sozials“ geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnungen Auskunft:

„Vorwärts“.

1905 1906.

	Juli-September 1905	Oktobe-Dezember 1905	Januar-März 1906	April-Juni 1906	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	190644	90	207613	40	213955
Abonnementsgelder durch die Post	15008	90	15729	95	16355
Abonnementsgelder durch die Post	57696	30	82915	70	82976
Übertritt aus Broschüren-Verkauf durch die Expedition			6811	85	
Gesamt-Einnahme Mf.	263350	10	313070	90	312388
15			15	10	352985
					1241794
					25

B. Ausgänge:

Ziviler Aufosten:

(Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Lieferweinungen, Porto und Telegrafen d. Redaktion, Telefon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare &c.)	9303	60	12416	75	11769	55	18256	60	51746	50
Zeitungs-Abonnement	379	99	578	29	410	—	490	80	1858	90
Zeitung	2615	95	3110	95	3212	35	2875	10	11613	45
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde	16228	85	22514	55	15852	95	15886	75	69483	10
Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaftliches, Versammlungen &c.	11360	15	10389	55	10768	25	10490	65	43008	60
Postales und Vororte	4481	15	5011	15	4075	65	3972	90	17540	85
Depeschen und Parlamentsberichte	780	—	1530	40	1905	—	1155	—	5370	40
Neue Welt	11409	10	12335	30	12060	50	12906	90	48711	80
Gehälter der Expedition	4617	50	4813	50	5746	20	6295	35	21472	55
Mieten	4300	—	4300	—	4300	—	4300	—	17200	—
Gerichtskosten	2391	85	4434	35	2299	95	221	—	9347	15
Redaktionsbibliothek	298	70	173	85	445	05	109	90	1027	50
Druckrechnung	169137	50	207295	05	211876	35	214489	—	802797	90
Gesamt-Ausgabe Mf.	237304	25	288902	70	284221	80	290749	85	1101178	70
Gewinn	26045	85	24168	20	28166	35	62385	15	140615	55
wie oben unter A	263350	10	313070	90	312388	15	352985	10	1241794	25

Der Gesamtüberschuss beträgt Mf. 140 615,55.

Berlin, den 17. August 1906.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Moenen. Clara Settin. Ad. Gec. Fr. Brühne. Eugen Grün. Aug. Kaden. W. Böd.

J. J. Ehrhardt.

Die Heiterethet.

Bon Otto Ludwig.

(27. Fortsetzung.)

Nun blieb den Frauen eigentlich kein Zweifel mehr; dennoch versicherten alle, sie könnten's nicht glauben, sie könnten's wirklich nicht, daß so eine, die man für die Bsp., für die Gattin selber gehalten, so was ganz Schreckliches sollte getan haben.

Die Baltinessin schlug auf ihre Kniee und wiederholte: „Ja, mögl's leugnen, die's getan hat, wie sie will; hier sitz ich und sag: So ist's!“

Die Heiterethet aber sprang wie eine Stahlseide von ihrem Sessel auf, daß die Frauen einen Schritt zurückwichen und nur die tapfere Baltinessin ruhig sitzen blieb.

„Leugnen“, sagte sie zornig. „Und vor wem? Vor euch? Was soll ihr denn, wenns so ein armes Mädel bin, und ihr seid reich! und daß, ihr seid Wunder was? Und gut! wenn's so einen gibt über dem Häusle da, wie die Baltinessin sagt, so weiß er auch, wer schuld daran ist, und wenn ihr euch noch hundertmal mehr wundert. Was ich getan hab, das hab ich getan! Und wär's was Schlimmes, so bin ich nicht, daß ich run tät, als wüßt' ich nix davon, wie's andere machen, die einen retzen dazu, daß man's thut, und hennach verklagen sie eines noch.“

„Die einen retzen?“ rief die Baltinessin voll Erstaunen, als die andern verlegen schwiegen. „Hier sitz ich und frag: Wer hat einen gerecht?“

Da erhob sich eine Stimme, in deren Ton sich Angst und Zorn wunderbar mischten und verbissen hatten. Alle sahen nach der Tür; in dieser erschien die Schmiedin eben wie ein Komet. Ihr Antlitz schimmerte in bläulicher Glanz,

und hinter ihr rauschte Unglück verklärend das lange Haubenband als Schwanz.

„Und da meint die dort,“ schrie sie, „daß man vor Gericht das glauben wird! und denkt, sie will sich weihbrennen, wenn sie ehrbare Freuden verleumdeten tut? Die, sag ich, muß einen leiblichen Eid leisten, und nicht arme unschuldige Weiber! Und für die wird das Tellerhäusle gebaut. Ich sag nur, mich sollen sie nicht trüllern, eher lauf ich in den Behabbach. Ich hab'nix weiter getan, als was alte haben getan, wo hier sitb. Und wenn sie's dadin bringt, und die Weiber da lassen sich's alle gefallen...“

„Wenn man wüßt', was sie eigentlich will, die Schmiedin!“ unterbrach sie die Baltinessin. „Ich für mein Teile, was das auch abg' sein, hier sitz ich und sag: Ich lass' mir's nicht gefallen!“

„Und du wundert ihr euch auch noch!“ entgegnete die Schmiedin. „Zum leiblichen Eid und ins Tellerhäusle will die was bringen da! Aber sie soll nur vor vor Gericht sagen, ich hött' sie angefischt!“

„Angefischt!“ schrien alle zusammen.

„Vor Gericht?“ fragte zerbissend die Tischlerin.

„Zum leiblichen Schwur!“ rief entsetzt die Tischlerin. Die Heiterethet schlug schreiend die Hände zusammen: „Das Tellerhaus!“

„

A. Eingänge:

Abonnements	Mit. 38 143,20
Zeitung	44,68
do. von F. H. W. Diek	500,—
	Mit. 38 687,88
Designt	4 889,11
	Mit. 43 576,99
B. Ausgänge:	
Satz, Druck, Stereotypie	Mit. 13 585,91
Papier	4 620,55
Buchdruck	1 604,65
Reklamation	12 000,—
Mitarbeiter	7 467,60
Post und Unterkosten	2 045,—
Remittenden	2 253,28
	43 576,99

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dez. 1905 6 400
am 30. Juni 1906 7 200

„Die Gleichheit.“

1. Januar—31. Dezember 1905.

A. Eingänge:

Abonnements	Mit. 20 683,34
	20 683,34
B. Ausgänge:	
Satz, Druck, Falzen	Mit. 6 221,60
Papier	3 587,25
Reklamation	3 225,—
Mitarbeiter	1 623,—
Post und Unterkosten	1 659,60
Remittenden	370,74
	16 687,19
Gewinn	3 996,15
	20 683,34

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dez. 1905 28 700
am 30. Juni 1906 44 000

Die Steigerung des Abonnentenstandes um über 15 000
Exemplare in einem Jahre ist ein schöner Erfolg und legt
besonders Zeugnis ab von der Bedeutung, die die proletarische
Frauenbewegung sich zu erringen verstanden hat.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Aus dem gelobten Lande der Sozialgesetzgebung. Über himmelsbreite Ausübung von Dienstleistungen in landwirtschaftlichen Betrieben läßt sich der „Schwarzwalder Bote“, ein der nationalliberalen Partei nahestehendes weitverbreitetes württembergisches Blatt, von einem Lehrer berichten. Der Lehrer beobachtete, wie eines Tages ein sonst ordentlicher Schüler sich nur mit Mühe nach erhielt und nach kurzer Zeit einschließt. Der Lehrer ging der Sache gewissenhaft auf den Grund und gelangte durch Umfrage bei den Bauern zu folgendem Ergebnis: „Der 11 Jahre alte Knabe mußte um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr in der Frühe aus dem Bett; Feierabend gab es erst wieder nachts $\frac{1}{2}$ 11 Uhr! Es war also dieser nicht sehr entwickelte Knabe volle 20 Stunden im strengen Erntedienst.“ Der Lehrer konstatiert dann weiter, daß bei allen übrigen Dienstleibenden die Verhältnisse ganz gleich liegen, erklärt unter solchen Umständen die Schule außerstande, Entsprechendes zu leisten, und bedauert das Fehlen einer gesetzlichen Handhabe, um solchen himmelsbreiten Zuständen begegnen zu können. Zum Schluß meint der Lehrer dann: „Der muß hart werden! hört man oft den Überstand reden. Ja, diese bedauenswerten Dienstleibenden werden so „hart“, daß sie mit 17 Jahren steif und krüppelig, mit 40 Jahren aber Greise sind.“ Und der Schauspieler dieser schändlichen, durch einen unverdächtigen Zeugen festgestellten Ausbeutung ist das fromme katholische Über schwaben, die Domäne der großen Buntzuspolitischer Grüber, Erzberger u. a. Während man die schönen Worte des christlichen Weltelösters: „Lasset die Kinder zu mir kommen“ heutzutage zwischen den Zähnen murmelt, saugt man eben diesen Kindern Fleisch und Herzblut aus dem Leibe und zerstört ihnen rücksichtslos die sonnige Jugendfreude.

Der Heiterethel kam das Schaffen der Frauen verächtlich vor. Sie hatte nicht gewußt, ob sie zornig werden oder lachen sollte. Aber das Wort Furcht überhob sie der Wahl. Der Tischlerin Rede trof sie da, wo sie am liebsten war.

„Furcht?“ lachte sie zornig. „Furcht? Ihr redt von Furcht? Ich fürcht mich vor niemand. Ich hab mich nicht vor dem Holders-Fritz gefürchtet und fürcht mich nicht vor euch. Ihr habt Furcht gehabt und habt mich zu fürchten wollen machen. Und jetzt habt ihr wieder Furcht, ich kann vor den Gerichten sagen, ihr seid schuld, daß ich's hab getan. Und nun wollt ihr alles auf mich allein schließen, und das ist erbärmlich. Nicht, weil mich's betrifft, aber daß die Lut' so sind, daß könnt einem weh tun, wenn man nicht müßt lochen. Ja, und wenn ich nu vor den Gerichten so sprach, wie ihr meint, da würden die sagen: Es ist nicht das Geschäft, was sie hat gemacht, aber wenn sie denen gefolgt wär, hennach wär's erst recht dum. Ja, wenn ich sagen tät: Ich hab den Wachtmeisterweibern gefolgt, da wär's für mich nicht besser, und ich würd noch ausgelacht dazu.“

Die Baltinessin beschwichtigte die Empfindlichkeit der Frauen durch einen jener Blicke, welche die Annemarie nicht „auslegen“ konnte.

„Wenn die Sach“, begann sie dann, „nur der Mühlwert wär, daß der liebe Kaffee darüber falt wird. Ich sag: Ein Wort ist kein Donnerwetter, und guter Rat kommt über Nacht. Morgen wird das Auktorium schon wieder vernünftig sein. Ich wein, wir seien uns noch ein bissle. So jung kommen wir nicht wieder zusammen.“

„Ja“, sagte die Heiterethel, indem die weißen Druckseiden ihr am Rücken und Wange spielten. „Seht euch, wann ihr wollt und wo ihr wollt, nur in meinem Stübje nicht. Ihr sagt, morgen wird das Auktorium schon vernünftig sein, aber das Auktorium ist's schon heint. Ihr denkt, ich soll mich in

wir den dringenden Vorgängen in Zwickau beschäftigen, die den Metallarbeiter Versammlungen, die in den „Germania-Brätschälen“, der „Kronenbrauerei“, bei „Buggenhagen“, in „Schercks Brätschälen“ und in „Hasselwerder“ Niederschönwolbe stattfanden. Laute Proteste gegen die Handlungen in Breslau und Nürnberg machten sich in allen Versammlungen geltend. Einstimig wurde nachstehende von den Referenten empfohlene Resolution angenommen: „Die versammelten Berliner Metallarbeiter nehmen mit Entschluß Kenntnis von der Ermordung ihres Berufskollegen und den sich anschließenden blutigen Nienburger Straßenschlachten. Sie erblicken in diesen Vorgängen Erscheinungen, welche den Geist des Büchsenhauers grell widerspiegeln. Die Versammelten verpflichten sich, als Lehre aus diesen Vorgängen sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Nur der Sieg des Sozialismus kann solche Arbeitermorde verhindern.“

Aus Nah und Fern.

Auch ein „Soldatenbrief“. Der „Berliner Volkszeitung“ ist, just zur Mannvergelt, ein Brief in die Hände gefallen, den ein Leutnant an seinen Freund, einen Fahnenjunker der Neisser Kriegsschule, im Jahre 1904 geschrieben hat. Er kennzeichnet die Heuchel-Moral, die in den sogenannten „besser und besten Bevölkerungsschichten“ gang und gäbe ist, so treffend, daß wir den Brief unter Fortlassung von Nebensächlichkeiten und mit Ablösung der Namen hier wiedergeben wollen.

„G den

Mein lieber Hans! Rührt Euch, anders kann ich auf Deinen fleißigen Gruß nicht antworten. Doch ich trage selbst die Schuld daran, vor allem meine Schreibsoulheit Jetzt endlich habe ich mir einen moralischen Rück gegeben, denn jetzt habe ich viel Zeit, ich, der ich seit 3 Wochen keinen Dienst mehr tu. Doch darüber bitte ich Dich zu schweigen. Du kannst mir glauben, daß man im ersten Leutnantsjahr toll lebt, bis man zusammenbricht, um vernünftig und gesetzt zu erwachen. Hier in G hofft Du alles, was ein Leutnantsherz begehr. Wein, Weib, Theater, Varieté und dergl. mehr. 5 offizielle Regimenterlässe habe ich mitgemacht, viele Gesellschaften und Trunkgelage. Mädelchen gibt es hier massenhaft, alle 3 Klassen: zum vö zum klünen und zum anständig possteren. Wie oft bin ich erst früh nach Haus gekommen, hatte gerade noch Zeit mich umzuziehen, meinen heißen Kopf zu kühlen, um sogleich belehrender Weise vor meine Rekruten zu treten und über Sittlichkeit und Moral zu predigen. Doch im Dienst vergab ich mir nie etwas. Meine Rekruten waren gut, wofür ich Anerkennung erwarnte.

Ich hatte ein sehr nettes Verhältnis, 17 Jahre alt, den Winter über. Wieviel Bullen geht mit Burgunder braucht ich, um dies verführerische Weib zu verführen, bis sie mir mit Leib und Seele ergeben. Herrlich! Leider ist sie vor 8 Wochen nach Berlin ihren Eltern durchgebrannt. Sie wollte das Leben noch mehr genießen. Ich war ich verlassen. Da kam mein Fall. Nach einem Liebesmahl erwachte ich in meinem Bett, wie ich dahin gekommen, konnte ich mich nur dunkel erkennen. Neben mir im Bett lag ein Weib, das ich irgendwie aufgegriffen haben muß. Nach sechs Tagen brach ich an einem schweren E zusammen und liege jetzt seit 3 Wochen im Lazarett. Es geht wieder gut. Bitte darüber schweigen. Wann bist Du in J Ich will dort ein paar Tage Hauptmann G besuchen, der in Euer Regiment versetzt ist. Zu ihm könnte Ihr Euch gratulieren. Ein famoser Borgelehrter. Ausgezeichneter netter Familienvorlehrer. Reizende Frau. Schade, daß ich ihn hier verloren. Er hätte mir gewiß zu manchem Kommando verholfen, denn er war sehr gut angefehlert, sonst wäre ihm auch nicht seine Befreiung nach Schlesien gegückt.

Ich bin augenblicklich in ein sehr nettes, junges Mädchen zurück verliebt. Sie auch. Vielleicht wird etwas daraus. Es ist ja alles da. Aber schweige, denn P geht mir noch im Kopf herum, wie ich mich gewandt aus der Affäre

zeige. Ich hoffe, sie hat mich ausgedeckt. Danach sie etwas gehört. Bitte schreibe mir bald mal etwas darüber.

Man sei selbst herzlich gegrüßt, denn ich muß schließen, um mit meiner Sprache wieder aufzufüllen, von Deinem alten Kameraden G

Wir lassen diesen Brief ohne ein Wort der Kritik auf unsere Leser wirken und sind überzeugt, daß er vollaus seine Wirkung tun wird.

Neue Siege. Der Weltkrieg in Göttlingen hat mit der Niederlage der Brauereien geendet. Nachdem der Wirtverein beschlossen hatte, unter keinen Umständen den Preisauflauf von 1 Mr. pro Hektoliter zu zahlen, vielmehr die Brauereien gegebenenfalls zu boykottieren und auswärtige Biere zu beziehen, haben die Brauereien nachgegeben und verkauften das Bier vor wie nach zu dem alten Preise. Auch die meisten Brauereien Südbayerns sind von dem Ring der hannoverschen Brauereien zurückgetreten und lassen eine Erhöhung der Bierpreise nicht eintreten.

Die beleidigte Majestät. Die Ferienstrafammer in Duisburg verurteilte den Häuslerein Jacob Groß aus Duisburg wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Bestrafte befand sich seit 19. August in Untersuchungshaft und wurde heute vorgeführt. Er hat nach Aussage des Polizeibeamten die betreffenden Neuheiten in betrunkenem Zustand getan.

Zum Schutz des lieben Gottes sind nach einer statistischen Aufstellung des Professors Kahl in den Jahren 1881 bis 1903 im Deutschen Reich 6921 Verurteilungen wegen Religionsvergehen (§ 166 des Str. G. B.) erfolgt, und in diesen 6921 Fällen wurde 22 mal das Strafmaß von zwei Jahren erreicht oder überschritten, 158 mal blieb es im Rahmen zwischen ein und zwei Jahren, 1551 mal zwischen drei Monaten und einem Jahre. In 5190 Fällen wurde auf Gefängnis bis zu drei Monaten oder nach bloßen Tagen exakt, darunter seit 1890 in 589 Fällen auf Gefängnis von weniger als vier Tagen. — Sollte der Herrgott nicht eines schönen Tages einmal dieser aufdringlichen Beschützer überdrüssig werden und die Richter und Staatsanwälte, die die Verurteilungen mit ihren körperlichen und seelischen Dämonen auf dem Konto haben, zum Teufel jagen?

Das Arbeitersefretariat

(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr
mittags und von 6—7½ Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch
Nachmittag geschlossen.

Wiederer Marktpreise vom 8. Septbr.

Bauern-Butter Bfd. 1,25 Mr. Meierei-Butter Bfd. 1,40 Mr. Hosen Std. — Mr. Enten 2,70—3,20 Mr. Hühner Std. 1,70—2 Mr. Küken Std. 1,20 Mr. Tauben Std. 0,60 Mr. Gänse Bfd. — 75 Pf. Fliegengans — Mr. Schweinskopf Bfd. 0,60 Mr. Schinken Bfd. 1,30 Mr. Wurst Bfd. 1,30 Mr. Eier 7 Std. 80 Pf. Käsepfen Bfd. — 80 Pf. Gek. Lachs Bfd. 1,00—2,40 Mr. Karawischen Bfd. 80 Pf. Hirsche Bfd. 70 Pf. Barsche Bfd. 70 Pf. Kal Bfd. 0,90 Mr. Kepf, beste Gravensteiner 100 Bfd. — Mr. Knochen 100 Bfd. 100 Bfd. — 6 Mr. Blumenthal. Käpf 30—50 Pf. Kürbissen Bfd. 50 Pf. Kohl 100 Bfd. — Mr. Gurter 100 Bfd. 18—25 Mr. Smiebeln 100 Bfd. 5,50 Mr. Kartoffeln, beste, 100 Bfd. 2,75 Mr. per 10 Liter 60 Pf. magnum bonum 200 Bfd. 5—Mr. Kartoffeln 10 Liter 50 Pf. Heringe 2 St. 10 Pf. Doriche genügend, Brachsen Bfd. — Pf. Gemüse genügend.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 8. Septbr. 1906.

Der Schweinehandel verliest gut. Bugeffürt wurden 1923 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine: schwere 71 Mr., leichte 73—73½ Mr. Sauen 65—69 Mr. und Ferkel 69—72 Mr. pro 100 Pfund.

Sie wollte eben ihre Haube auf das rechte Ohr schwingen, aber ihr fiel ein, sie müsse diese bedeutungsvolle Handlung ausschieben, um ihrem etwaigen baldigen Abgang damit den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Die abgeschiedenen Geister des eifligen Kohlenfeuers aber waren auferstanden zu einem neuen Leben und glühten rachefordernd aus den Augen der Besiegten die Heiterethel an.

Das erhöhte nur den Trost des Mädchens. „Ich will die Tür zumachen“, sagte sie bestehend.

Über nun konnte keine Macht des Himmels und der Erde mehr die Haube der Baltinessin auf ihrem kleinen Ohr schwebend erhalten. Die Baltinessin schlug mit beiden Händen auf die Schürze und sprach: „Nun wohl! Woher wir gekommen sind, dahin gehen wir wieder, wenn auch mit anderem Herzen. Aus anderen Stuben sind wir gekommen in das arme Glück da. Über wie sind nicht für und gekommen mit Warnung und mit göttlichen Lehren. Über wem die Ohren seines Herzens verstockt sind, der macht auch die Ohren seines Leibes zu. Oh schon mein Vater seliger ein Weber ist gewest, hier steht ich und sag: Das Annedorle wird wohl sehen, was sie hat gemacht. Und si sollt lieber sehn, wie sie ihre Sach' könne verbunkeln (verstecken), als daß sie den Leuten selber auf ihre Sprung hilft kommen. Der Holders-Fritz hat ihr ausgelauert? Weiden gehau hat er. Wo soll denn einer anders Weiden haun, als wo welche siehn? Das Annedorle hat wohl auch Weiden gehau, weil sie immer um die Weiden herum ist gewest? Nun begreift man wohl auch, warum das Annedorle hat gelacht, wenn's hat geheißen, der Holders-Fritz lauet ihr auf.“

Die Heiterethel lief nach der Tür und öffnete sie so weit, als sie sich öffnen ließ.

(Fortsetzung folgt.)